

Neueste Nachrichten.

Nachdem nun das Räumungsabkommen über Oberschlesien von den beiden beteiligten Parteien angenommen worden ist, wird heute die offizielle Uebergabe der an Polen fallenden Teile Oberschlesiens erfolgen. Aus diesem Anlaß haben sowohl der Reichspräsident, wie die Reichs- und preussische Regierung einen Ausruf erlassen, in dem sie gegen die widerrechtliche Abtrennung Verwahrung einlegen, die für alle Zeiten Gültigkeit behalten soll.

In einer Sitzung des Beamtenausschusses des Reichstags hat der Vertreter der Reichsregierung erklärt, daß die Notwendigkeit von erneuten Teuerungsmassnahmen anerkannt.

Von der Haager Konferenz verlautet zur Zeit recht wenig. Gestern wurde die übliche „Kommission“ für russische Angelegenheiten ernannt, worauf sich die Mitglieder nach Havre begaben, um sich Richtlinien bei ihren Regierungen zu holen. Die Aussichten für die Konferenz werden zur Zeit günstig beurteilt.

Vor der Zerreißung Oberschlesiens.

Das Räumungsabkommen.

Berlin, 16. Juni. Das Räumungsabkommen über Oberschlesien ist ein Vertrag zwischen der Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien, der deutschen und der polnischen Regierung. Die Räumung geht schrittweise vor sich nach dem Plan der interalliierten Kommission. Sobald die Uebernahme in einem Abschnitt erfolgt ist, nimmt die Regierungsgewalt der Kommission in diesem Abschnitt ihr Ende und die deutsche bzw. polnische Regierung übernimmt die Regierungsgewalt. Die deutsche und die polnische Polizei sollen vor dem Abmarsch der alliierten Truppen und nach der Entfernung der Polizei Oberschlesiens in das je demalige Kreisgebiet geführt werden und den Sicherheitsdienst übernehmen. Die beiderseitige Polizei wird zunächst unter den Befehl des Kreisintendanten gestellt. Der Zoll- und Postdienst an der neuen Grenze tritt an allen Stellen drei Tage nach Bekanntgabe der Grenze in Tätigkeit. Ebenso wird der Eisenbahnverkehr nach Maßgabe des Genfer Abkommens aufgenommen und ebenso der Post-, Telegraphen- und Telephonverkehr. Die Regierungskommission verläßt das ober-schlesische Gebiet, sobald die Regierungsgewalt an die deutsche oder polnische Regierung übergegangen ist. — Gestern Abend sind zwischen Deutschland und Polen noch zwei Abkommen unterzeichnet worden, die sich auf die Ueberleitung des Reichs- und Staatselzentrums in den an Polen fallenden Gebieten, sowie auf das fiskalische Bergwerkseigentum beziehen. Die Räumung wird in 24 Tagen erfolgen. Morgen Samstag ist der erste Räumungstag.

Berlin, 16. Juni. Nachdem das Räumungsabkommen zwischen der deutschen und der polnischen Regierung und der Regierungs- und Plebiszitkommission für Oberschlesien am Donnerstag Abend unterzeichnet worden ist, erfolgte noch am gleichen Abend die amtliche Notifizierung der von der Botschaftskonferenz festgesetzten Grenzlinie an die deutsche und die polnische Regierung. Als erster Tag der Räumung Oberschlesiens ist nach dem von der interalliierten Kommission in Oppeln festgesetzten Plan der Samstag, den 17. Juni bestimmt worden. An diesem Tage schlagen die Behörden im ganzen Reich Halbmaß zum Zeichen der Trauer über den Verlust des losgerissenen Teiles von Oberschlesien.

Deutsche Verwahrung gegen die widerrechtliche Zerreißung.

Berlin, 16. Juni. Anlässlich der Uebergabe des an Polen abzutretenden Teils von Oberschlesien haben der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung einen Ausruf an die Oberschlesier erlassen, in dem sie daran erinnern, daß eine der wenigen in Versailles durchgesetzten Änderungen das Zugeständnis der Abstammung war. Obwohl die große Mehrheit sich für das alte Vaterland ausgesprochen habe, ließ es plötzlich, daß Oberschlesien teilbar sei. Der Ausruf erinnert ferner an die vergeblichen Bemühungen der deutschen Regierung, die Widerfacher davon zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Versailler Vertrags, sondern auch das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft die Einheit forderten, und an die gegen den Genfer Spruch eingelegte, für alle Zeiten gültige Verwahrung. Indem der Ausruf den scheidenden Oberschlesier Dank für ihre Treue ausdrückt und an die Bemühungen der Reichsregierung erinnert, durch ein Abkommen mit Polen ihnen und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen und ihnen

vor allem die deutsche Kulturgesellschaft, die deutsche Sprache und das deutsche Heimatgefühl zu erhalten, bittet er die bei Deutschland verbleibenden Oberschlesier, sich durch berechtigte Erbitterung zu keiner ungeschicklichen Handlung verführen zu lassen und das in Genf abgeschlossene Abkommen zu wahren. Sie würden den Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten, wenn sie für das Ererbte Vergeltung üben wollten.

Das Hultschiner Land deutsch.

Berlin, 17. Juni. Nach einer Meldung des „Berliner Lokalanzeigers“ aus Breslau liegt jetzt das Ergebnis der freiwilligen Volksabstimmung in den drei Gemeinden des Hultschiner Ländchens vor. Dabei wurden bei insgesamt 2400 Stimmberechtigten 2265 Stimmen abgegeben und zwar 2244 für Deutschland und 19 für die Tschechoslowakei. 2 Stimmen waren ungültig.

Zur auswärtigen Lage.

Die Reparationskommission bestätigt die letzte deutsche Zahlung.

Paris, 15. Juni. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die deutsche Regierung leistete am 15. Juni an die vom Garantelomitee bezeichneten Banken eine Zahlung von etwa 50 Millionen Goldmark. Dies ist die dritte monatliche Zahlung, die von dem Ausschuss in seiner Entscheidung vom 21. März vorgesehen ist. Die erste Zahlung betrug 18 Millionen, die zweite 50 Millionen Goldmark. Sie wurden am 15. 4. und 15. 5. geleistet.

Abreise Poincarés von englisch-französischen Verbrüderungsfeiern.

Paris, 16. Juni. Poincaré hat in Begleitung seines Kabinetschefs, Grignon, Paris um 3.50 Uhr nachmittags verlassen, um sich nach London zu begeben.

Die Haager Vorkonferenz.

Ernennung einer Kommission für die russischen Angelegenheiten.

Haag, 16. Juni. (Haager Korrespondenz.) Heute vormittag 11 Uhr trat die Konferenz zu einer Sitzung zusammen. Nach Besprechung der Beschlüsse der Genueser Konferenz wurde eine Kommission für die russischen Angelegenheiten ernannt, die in drei Unterkommissionen zerfällt: eine für die Staatsschulden, eine für das Privateigentum und eine für die Kredite. Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr. Heute nachmittag 4 Uhr werden die Beratungen fortgesetzt. Dann werden die Methoden festgelegt werden, die die russische Kommission befolgen soll. Nach Schluß der Sitzung werden sich mehrere Delegierte nach ihren Ländern begeben, um mit ihren Regierungen die Beschlüsse des heutigen Tages zu beraten. In der Sitzung vom Montag soll dann mitgeteilt werden, ob die verschiedenen Regierungen mit den Beschlüssen einverstanden sind, damit endgültige Beschlüsse gefaßt werden können.

Günstige Aussichten für die Haager Konferenz?

London, 16. Juni. Reuters meldet aus Haag, nicht nur in britischen, sondern auch in französischen Kreisen würden die Aussichten der Konferenz günstig beurteilt. Der französische Gesandte in Haag, Benoist, habe Poincaré telegraphisch seine Befriedigung zum Ausdruck gebracht. — Nach Blättermeldungen aus Haag ist es kein Geheimnis, daß alles getan wird, um die Verhandlungen nicht zu sehr zu beschleunigen, bevor Lloyd George und Poincaré am Montag zusammengetroffen sind. Reuters erfährt, daß die Delegation der Sowjetregierung auf der Haager Konferenz sich folgendermaßen zusammensetzt: Boris: Litwinow, ferner Krassin, Krestinski, Rakowski und Sololnow. Die Delegation wird von einem Stab von 11 Personen begleitet.

Reichstag.

Berlin, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurden zunächst einige Anfragen ohne allgemeines Interesse von der Regierung beantwortet, worauf das Haus gegen die Unabhängigen und die Kommunisten beschloß, die Zwangsanleihe und die Abänderung der Einkommensteuer von der heutigen Tagesordnung abzusehen. Angenommen wurde in allen drei Besungen der Entwurf, durch den die Bezüge aus der Unfallfürsorge für Gefangene vereinfacht werden, ebenso der Entwurf über die Erhöhung der Vergütungen für Quartierleistungen an die Reichswehr. Dann wurde in die erste Lesung der Novelle zur Schlichtungsordnung eingetreten. Abg. Giebel (Soz.) stimmte grundsätzlich dem Gedanken einer Schlichtungsordnung zu, äußerte aber Bedenken wegen der scharfen Zwangsbestimmungen des Entwurfs. Reichsarbeitsminister Dr. Brauns stellte

als Ziel des Entwurfs in den Vordergrund, den Wirtschaftsfrieden zu fördern und zu sichern. Am Streitrecht rüttelte die Schlichtungsordnung nicht. Sie wolle nur die auch von den Gewerkschaften bekämpften wilden Streiks verhindern. Abg. Ehrhardt (Zentr.) bezeichnete die Sicherung des gewerblichen Friedens als eine Lebensnotwendigkeit unseres Volkes. Abg. Graf-Türing (D.N.) stimmte den Grundgedanken der Vorlage zu und beantragte ihre Verweisung an den sozialpolitischen Ausschuss. Abg. Kluffhäuser (U.S.P.) bezeichnete die Vorlage als ein Gesetz zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Gewerkschaften. Den Arbeitern und Angestellten wolle man damit das Selbstbestimmungsrecht nehmen. Abg. Moldenhauer (D.V.P.) steht der Vorlage, die der Zurückdrängung des Klassenkampfes diene, sympathisch gegenüber. Abg. Fied (Dem.) äußerte Bedenken wegen des bürokratischen Aufbaues der Vorlage und hätte die berufliche Gliederung der territorialen vorgezogen. Abg. Weimer (D.V.P.) sprach ebenfalls Bedenken gegen Einzelheiten der Vorlage aus. — Morgen mittag 12 Uhr: Weiterberatung. Außerdem u. a. Zwangsanleihe und Erbschaftsteuer.

Besprechungen der Mehrheitsparteien mit dem Reichskanzler.

Berlin, 17. Juni. Der Reichskanzler empfing gestern Abend die Führer der Koalitionsparteien zu einer Aussprache. Die Deutsche Volkspartei nahm daran nicht teil. Im Vordergrund standen die Fragen der Zwangsanleihe und der Getreideumlage. — Die Fraktionen der Demokraten und der Sozialdemokraten hielten gestern Fraktionsbesprechungen ab, in denen die Frage der Getreideumlage besprochen wurde. Ueber die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion teilt der „Vorwärts“ mit, daß diese darauf bestehen müsse, daß eine ausreichende Menge Getreide erfaßt und zu wesentlich verbilligten Preisen abgegeben werde. Der Wunsch, die kleinen Landwirte von der Umlage zu verschonen, könne durchaus Berücksichtigung finden. Das Blatt glaubt, daß in den nächsten Tagen um die Getreideumlage ein sehr schwerer Kampf ausgetragen werde, der die weittragendsten politischen Konsequenzen haben könne. — Zur Frage der Zwangsanleihe erfährt der „Berliner Lokalanzeiger“ von volksparteilicher Seite, daß die Fraktion der Deutschen Volkspartei nach wie vor an dem Steuerkompromiß festhalten und dem Regierungsentwurf zustimmen werde. Wenn jedoch die Regierung über das Steuerkompromiß hinaus neue Steuern oder Änderungen der alten Steuern einbringen werde, werde die Volkspartei unter keinen Umständen damit einverstanden sein.

Berlin, 16. Juni. Wie das „Achtuhrabendblatt“ mitteilt, kam man in der heute vormittag abgehaltenen Besprechung der Führer der Koalitionsparteien dahin überein, die Zwangsanleihe, sowie den deutsch-nationalen und den volksparteilichen Antrag zum Erbschaftsteuerergänzungsgesetz, von dessen gleichzeitiger Behandlung mit dem Zwangsanleihegesetz die Deutsche Volkspartei ihre weitere Bindung an das Steuerkompromiß abhängig gemacht hat, sowie den unabhängigen Änderungsantrag zum Einkommensteuergesetz gleichzeitig auf die morgige Tagesordnung des Reichstags zu setzen. Durch diesen Beschluß ist jetzt eine Konfliktmöglichkeit vorläufig beseitigt. Die drei Steuerergänzungsgesetze werden voraussichtlich ohne längere Debatte dem Ausschuss überwiesen werden.

Deutschland.

Im Oktober Neuwahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 16. Juni. Wie eine Parlamentskorrespondenz wissen will, sei nach den bisherigen Besprechungen zwischen den Koalitionsparteien und der Reichsregierung anzunehmen, daß anfangs Oktober die Neuwahl des Reichspräsidenten erfolgen werde. Vorher werden dem Reichstag noch zwei mit der Wahl zusammenhängende Entwürfe zugehen, von denen der eine die Pensionsverhältnisse des Reichspräsidenten regelt. Ueber die Aufstellung von Kandidaten haben Besprechungen noch nicht stattgefunden.

Die Reichsregierung anerkennt die Notwendigkeit von erneuten Teuerungszulagen für die Beamten.

Berlin, 16. Juni. In der heutigen Sitzung des Beamtenausschusses des Reichstages erklärte Regierungsrat Schilling im Auftrage des Reichsfinanzministeriums zur Frage der Teuerungszulage für Beamte, daß die Reichsregierung die Notwendigkeit von Teuerungsmassnahmen nicht verkenne. Eine abschließende Stellungnahme sei noch nicht möglich, da zunächst noch mit den Verbänden der Beamten, Arbeiter und Angestellten Fühlung genommen werden müsse. Dies soll am Dienstag, den 20. Juni, geschehen. Im allgemeinen werden die Massnahmen sich in der Richtung einer Erhöhung der Teuerungszulagen bewegen. Der Ausschuss nahm einen Antrag Morath-Dr. Scholz (D.V.P.) an, wonach die Vorlage über die Teuerungszulagen

ferer
zeit
kannte auf
h. 3., Nebstoch
Ziegler.
Schnauser.

irsau

uni 1922
is 6 Uhr

S-
ert
geführt von
apelle.

MK.,
e Hälfte.
für die ganze
ten gelöst werden.

Kinder unter 14
60 Mk.
50 Mk.
nen in Calw in
nd Olpp und in
ogen werden.
arten, sowie zum
freundlichst ein

verwaltung.

zell.

zept

hm. 4 Uhr

orzheim.

k Hälfte.

rwaltung.

zur
eibe.

edelweiß“
ag, 18. Juni

Weibe

en mit
Reigenfahren
rennen.

er, sowie Sports-

Festausschuß.

m m:
ni

is, Hauptfahren,
sfahren, auf der
h—Ailburg.

llung d. Festzugs
Straßen d. Orts.

g im Gasthaus

wer Tagblatt

zuschläge so zeitig einzubringen ist, daß dem Reichstag genügend Zeit zur eingehenden Prüfung bleibt und wonach Vorsorge getroffen werden soll, daß auch während der Vertagung des Reichstags etwa nötig werdende Zuschläge unverzüglich durchgeführt werden können. Die Regierung stimmte dem zu.

Der Reichsrat für die Getreideumlage.

Berlin, 17. Juni. Der Reichsrat genehmigte mit 49 gegen 16 Stimmen die Vorlage über die Getreideumlage. Die Vorlage verlangt wie im Vorjahre eine Umlage von 2,5 Millionen Tonnen.

Ein Anschlag

gegen die Hamburger Kommunistenzeitung.

Hamburg, 16. Juni. Heute nachmittag erfolgte im ersten Stockwerk des Gebäudes der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“ eine heftige Detonation. Feuerwehr und Polizeibeamte eilten herbei. Die sofort eingeleiteten Ermittlungen ergaben, daß der im ersten Stockwerk an der Tür befindliche Briefkasten durch die Explosion vollständig zertrümmert war. Die Fensterscheiben waren gesprungen und die Türfüllung in Stücke gerissen. In dem Vorraum der Zeitungsausgabe war eine zweite Sprengladung gelegt worden, die aber lediglich ausbrannte und nicht explodierte. Ein kleiner Papparton, der mit Draht unwidert und mit Heftpflaster zugeklebt war, wurde beschlagnahmt. Auch hier dürfte mit Schwarzpulver gearbeitet worden sein. Eine Frau will einen 20jährigen Mann gesehen haben, der eiligst den fraglichen Raum verließ und die Treppe hinuntereilte. Die Polizei hat inzwischen eine Person verhaftet, doch ist es zweifelhaft, ob diese für die Tat in Betracht kommt. — Bekanntlich sind in Hamburg in letzter Zeit wiederholt solche Anschläge gegen kommunistische Organe verübt worden.

Die „Freiheit“ befürchtet einen Rechtsputsch.

Berlin, 16. Juni. Die unabhängige „Freiheit“ behauptet in ihrer heutigen Morgenausgabe, daß ein Rechtsputsch bevorstehe. Bei den nationalistischen Kundgebungen am 28. Juni handele es sich nicht nur um Veranstaltungen gegen den Versaillesvertrag, sondern, wie das Blatt behauptet, um eine „die Heerschau der bereits zu festen Verbänden zusammengeschlossenen Reaktion.“ Wie die Abendblätter nach Erkundigungen bei der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten mitteilen, entbehren die Befürchtungen der „Freiheit“ jeglicher Grundlage. Auf Anfrage im Reichskommissariat für öffentliche Ordnung wurde erklärt, daß die Alarmberichte meist übertrieben seien. Die rechtsradikale Richtung sei allerdings außerordentlich tätig und zwar unter Betonung der „völkischen“ Gesichtspunkte. Auch der Staatskommissar für öffentliche Ordnung hält einen Rechtsputsch für ausgeschlossen. Ebenso wird die Behauptung bestritten, daß die Regiments- und Offiziersvereine Stahlhelmverbände, der Jungdeutsche Orden und alle Organisationen „den Unterbau für ein der kommenden Monarchie dienendes Heer“ bilden.

Ein Sammelruf der Kommunisten.

Berlin, 17. Juni. Die Zentrale der kommunistischen Partei Deutschlands veröffentlicht in der „Roten Fahne“ einen Aufruf an die sozialistischen Parteien und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, in dem die Leitungen der SPD, der USPD und des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gefragt werden, ob sie bereit seien, gegen die drohende Reaktion eine gemeinsame Abwehrfront des deutschen Proletariats zu bilden.

Vor einer neuen Erhöhung der Kohlenpreise.

Berlin, 17. Juni. Blättermeldungen aus Essen zufolge sieht der Schiedspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Ausschusses eine Erhöhung der Tariflöhne im Ruhrkohlenbergbau um durchschnittlich 35 M pro Schicht vor und zwar 25 M ab 16. 6. und weitere 10 M ab 1. 7. Als Ausgleich der Lohnerhöhung kommt nach dem Schiedspruch eine entsprechende Erhöhung der Kohlenpreise in Frage.

Eröffnung der deutschen Sportausstellung in Berlin.

Berlin, 15. Juni. Bei der Eröffnung der Deutschen Sportausstellung in der Automobilhalle am Kaiserdamm in Berlin hielt Staatssekretär Dr. Lewald eine Ansprache, in der er folgendes ausführte: Wir stehen hier vor dem Auftakt der deutschen Kampfsportwoche, die, wie wir hoffen, für die Entwicklung der turnerischen und sportlichen Bewegung in Deutschland von Einfluß sein wird. Ich bitte in diesem Augenblick freudlich zu würdigen, welche Entschlußkraft für uns notwendig war, um an dem Plan der Kampfsportwoche selbst nach dem Kriege festzuhalten und sich durch keine Schwierigkeit der Wirtschaftslage davon abbringen zu lassen. Die Ausstellung ist ein organisches Glied der ganzen Veranstaltung. Wir wollen uns nicht verhehlen, daß bei dieser Ausstellung nicht alle Blütenstrahlen geerntet sind, aber ich hoffe doch, daß Sie aus dem hier Gebotenen drei Dinge entnehmen werden: den hohen idealen Geist, der die Wurzel unseres Turn- und Sportlebens bildet, die wissenschaftliche Vertiefung, die wir als Ergebnis deutscher Gründlichkeit in Anspruch nehmen dürfen und die deutsche Weltlichkeit, die aus den Erzeugnissen der deutschen Turnindustrie klar zu ersehen ist. Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus den Männern, die an dem Zustandekommen dieser Ausstellung gewirkt haben, meinen Dank auszusprechen. Mein Dank gilt auch den Vertretern der Behörden, von Handel und Industrie, der Turn- und Sportverbände und der Presse, die wir hier begrüßen dürfen.

Bermischtes.

Schweres Schiffsunglück in Hamburger Hafen.

Hamburg, 16. Juni. Beim Ausbuchen ist auf der Vulkanwerft der brasilianische Passagier- und Frachtdampfer „Avaré“ gekentert und gesunken.

Hamburg, 16. Juni. Zu dem Schiffsunglück wird gemeldet, daß die Zahl der Verletzten 112 Mann beträgt, 18 Leute, die bewußtlos

waren, sind wieder ins Leben zurückgerufen worden. Bei den Rettungsarbeiten wurde einem Werftarbeiter bei der Bedienung einer Sauerstoffflasche der rechte Arm abgeschlagen. Während der Schweißarbeiten geriet ein Teil des Schiffszumpfes in Brand, der aber erstickt werden konnte. Eine farbige Stewardess wurde tot aufgefunden. Bisher werden 11 Arbeiter vermisst. Nach Feststellungen von maßgebender Seite ist es nach dem Hamburger Doctarist beim Ein- und Ausbuchen, sowie beim Verholen eines Schiffes lediglich Sache des Schiffsführers, für die richtige Füllung des Ballasttanks Sorge zu tragen, damit das Schiff jederzeit genügend Stabilität hat. Diese Sorgfalt ist hier offenbar von der aus Ausländern bestehenden Schiffsbesatzung außer Acht gelassen worden. Wieviele Tote das Unglück gefordert hat, steht bis zur Stunde noch nicht fest. Auch die Zahl der Verletzten wird erst im Laufe des Abends mit einiger Sicherheit festzustellen sein.

Berlin, 17. Juni. Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ aus Hamburg ist anzunehmen, daß bei der Dampferkatastrophe die Anzahl der Toten und Verletzten sich auf über 100 beläuft.

Lenins Krankheit.

Berlin, 17. Juni. Ueber Lenins Krankheit gibt die Sowjetregierung laut „Völkischer Zeitung“ eine amtliche Mitteilung aus, in der es heißt, daß Lenin an schwerer Ermüdung leide. Er müsse sich mindestens bis zum Herbst von den Staatsgeschäften zurückziehen.

Senierungsbehalte in Paris.

Paris, 17. Juni. Die Kammer setzte gestern die Debatte über die Interpellation betreffend die Teuerung fort. Nach den Erklärungen des Ackerbauministers Chéron nahm sie mit 478 gegen 89 Stimmen eine Tagesordnung an, durch welche die Erklärung der Regierung gebilligt und ihr das Vertrauen ausgesprochen wird, daß sie eine Politik zur Besserung der landwirtschaftlichen Erzeugung, der gleichen Zollbehandlung für Industrie und Landwirtschaft und der Revision der Transporttarife befolgen werde.

Eine Feuersbrunst bei New-York.

London, 16. Juni. Nach einer Meldung aus New-York ist in Avenue auf Long-Island eine Feuersbrunst ausgebrochen, die 4000 Villen und Wohnhäuser zerstört hat. 20.000 Einwohner sind obdachlos. Der Schaden wird auf 4 Millionen Dollar geschätzt.

Der Anabenerüberschuß im Kriege.

Die seit alter Zeit behauptete Tatsache, daß im Krieg mehr Knaben als in friedlichen Zeiten geboren werden, hat sich auch während des Weltkrieges bewahrt. Wie Hartmann in der „Neuen Generation“ mitteilt, läßt die moderne Statistik mit ihrem forsichtigen Material diese Erscheinung deutlich erkennen. In dem Verhältnis der männlichen zu den weiblichen Geborenen ist in den Jahren 1910 bis 1920 eine bemerkenswerte Verschiebung eingetreten. Die Zahl der Anabengeburt weist eine beträchtliche Erhöhung auf, die außerhalb des Rahmens der zufälligen Schwankungen fällt. So betrug z. B. bei den ehelich Geborenen in Preußen 1916 die Anabengeburtssiffer 107,2 gegenüber dem normalen Verhältnis zu 106,2 der Jahre 1910 bis 1915. Im Jahre 1919 sogar 108,6. In Sachsen zeigt erst das Jahr 1917 eine bemerkenswerte Erhöhung, nämlich 108,2, 108,5 gegenüber 106,2 in den Jahren 1910—1917. Die Erhöhung tritt in den Großstädten seit den Jahren 1917—1918 hervor.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Juni 1922.

Zur Frage der Mietpreiserhöhung.

* In unserem gestrigen Bericht über die Stellungnahme des Haus- und Grundbesitzervereins zur Mietpreiserhöhung hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, der zwar auf Grund der vorhergehenden Feststellungen sich selbst berichtigt. Nachdem weiter oben die Auffassung des Ausschusses wiedergegeben worden war, die Mietmiete mindestens auf das 3fache zu erhöhen, wurde weiter unten der Ausdruck „um das 3fache“ gebraucht. Es soll aber auch hier natürlich „auf das 3fache“ heißen. Mit andern Worten: Der von der Versammlung angenommene Vorschlag geht also dahin, zu der Friedensmiete einen Zuschlag von 200 Prozent zu erheben.

Dienstnachrichten.

Eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Liebenzell wurde der früheren Verta Hartmann in Liebenzell übertragen, ebenso eine Lehrstelle in Lomersheim, Ob. Maulbronn, dem Hauptlehrer Streicher in Weibern, Ob. Calw.

Der Steuerassistent Hornikel in Calw wurde zum Steuersekretär ernannt.

Landwirtschaftliche Hilfe.

Die Landwirte des Calwer Bezirks haben im Laufe des Frühjahrs insgesamt 41 Zentner Getreide teils umsonst, teils zu sehr billigen Preisen zur Verteilung an Minderbemittelte dem landwirtschaftlichen Bezirksverein übergeben. Das Getreide wurde von diesem gemahlen und in Calw, Hirsau, Unterreichenbach und Liebenzell in Mengen von 5 bis 10 Pfund zum Preis von 1 M für das Pfund bestimmungsgemäß verteilt. In Calw konnten auf diesem Wege nahezu 300 Personen und Familien bedacht werden. Eine wirklich anerkennenswerte Tat, die der Nachahmung und Fortsetzung wert ist! Sie zeugt von Verständnis unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung für die Not, die z. Bt. in großen Schichten der städt. Gemeinden herrscht und trägt sicher zum Ausgleich vielfach wahrnehmbarer Gegensätze bei.

Die Höhe der Beamtengehälter.

Vom Württembergischen Beamtenbund wird u. a. mitgeteilt: Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß die Einkommen der Festbediensteten und namentlich der Beamten schon längst nicht mehr mit der Preisentwicklung Schritt halten konnten. Die Erhöhung der Beamtengehälter gegenüber dem Friedenslohn ist

bis heute nur vom 12,68fachen in der Gruppe XII (Oberregierungsrate) bis zum 26fachen in der Gruppe II (Hausmeister) gestiegen, wobei zu beachten ist, daß die unteren Gruppen schon vor dem Krieg nicht das Existenzminimum hatten. Wenn man demgegenüber vergleicht, daß die Preise für die notwendigen Bedarfsgegenstände durchschnittlich auf mindestens das Vierzigfache der Friedenspreise gestiegen sind, so wird jedermann deutlich erkennen, daß die Beamtenschaft bereits proletarisiert ist. Leider hört man in der Öffentlichkeit vielfach durchaus irrtümliche Auffassungen über die Höhe der Beamtengehälter, was hauptsächlich daher rühren mag, daß jede Veränderung der Gehälter durch Gesetz erfolgt. Vielfach werden auch die Gehaltsmehraufwendungen in einer Summe mitgeteilt, ohne daß hierbei berücksichtigt wird, daß die Mehraufwendungen nur zum geringeren Teil den Beamten, zum größeren Teil jedoch den Staatsarbeitern, Angestellten, Kriegsbeschädigten und Pensionären zufallen. Ferner ist zu erwähnen, daß erfahrungsgemäß die nominell hohen Jahresgehaltszahlungen falsche Eindrücke über die Beamtensoldierung in der Öffentlichkeit hervorrufen. Ueber die Zahl der Beamten bestehen vielfach durchaus falsche Begriffe. Nach der Denkschrift des preuß. Landesfinanzpräsidenten Dr. Schwarz betrug die Zahl der Beamten im Reich, in den Ländern und in sämtlichen Gemeinden und Körperschaften nach dem Stand von 1920 insgesamt 1,3 Millionen. Diese Zahl dürfte inzwischen zurückgegangen sein. Aus der Zahl der Beamten wird dann oft die Folgerung gezogen, daß die Bevölkerung die Beamtengehälter durch ihr Einkommen aufbringen müsse und daß es notwendig sei, die Beamtenschaft zu verringern. Hierzu muß festgestellt werden, daß die überwiegende Anzahl der Reichsbeamten Angehörige der Betriebsverwaltungen Eisenbahn und Post sind, die ihre Personalausgaben aus ihren Einnahmen selbst decken. Ähnlich verhält es sich im Staats- und Gemeindebereich, wofür ein großer Teil der Personalausgaben durch die Betriebsverwaltungen (z. B. Forstverwaltungen, Gas- und Elektrizitätswerke) und durch Gebührenerhebungen für Inanspruchnahme amtlicher Organe gedeckt werden. Es ist selbstverständlich die Pflicht des Staates, nunmehr nach Eintritt einer Zeit, in der Aussicht besteht, zu geordneten Zuständen zurückkehren zu können, dafür zu sorgen, daß nur die unbedingt notwendige Anzahl von Beamten, Staatsangestellten und Staatsarbeitern beschäftigt wird. Es darf jedoch auch hier das Kind nicht mit dem Bad ausgeschüttet werden, denn wir glauben feststellen zu dürfen, daß im Staats- und Gemeindebereich, wenigstens in Württemberg, noch zu keinem Zeitpunkt auch nur ein Beamter zu viel beschäftigt war. Im Reichsbereich können wir bezüglich Württembergs feststellen, daß z. B. die Oberpostdirektion Stuttgart im Jahre 1921 einen erheblichen Ueberschuß nachweisen konnte und dadurch bezüglich der Rentabilität im Deutschen Reich an einer der ersten Stellen steht.

Vom württ. Gemeindefag.

Der Gesamtvorstand des württ. Gemeindefags hat in seiner letzten Sitzung die ärztlicherseits neben den Jugendämtern im wesentlichen auf Kosten der Amtskörperschaften bezw. Gemeinden für jeden Oberamtsbezirk angestrebten Gesundheitsämter für ärztliche Fürsorgetätigkeit abgelehnt. Weiter forderte er die grundsätzliche Beseitigung der Teuerungserhöhungen in der Gebäudebrandversicherung und die gemeinsame Tragung des Versicherungsrisikos vom gesamten Gebäudebesitz in voller Höhe. Die Frage, ob der Gebäudebesitz im Hinblick auf die hohen allgemeinen Steuern und die ungeheuer gestiegenen Unterhaltungskosten in der Lage ist, die in Aussicht gestellte Wohnungsabgabe in Höhe von 5,5 Prozent, die bis zu 12 Prozent des Gebäudefeueranzschlags gesteigert werden soll, zu tragen, soll der Erwägung der gesetzgebenden Faktoren anheimgestellt und dabei die Befürchtung ausgedrückt werden, daß eine fortschreitende Steigerung der Wohnungsabgabe die Besteuerungsmöglichkeit der Gebäudekataster durch die Gemeinden eine mit der üblen Finanzlage der Gemeinden unvereinbare Beeinträchtigung erfahren wird. Nach seiner Ansicht wird die Förderung des Wohnungsbaues auf die Dauer nicht ohne Heranziehung allgemeiner öffentlicher Mittel durchzuführen sein. Mit Entschiedenheit wurde die Absicht der regelmäßigen zwangsweisen Zusammenlegung der Gemeinden bis zu 4000 Einwohnern zu Wohnungsbauverbänden abgelehnt, weil diese Maßnahmen mit Rücksicht auf die von den meisten Gemeinden schon seit Jahren selbstständig betriebene Wohnungsbaupolitik zu spät komme. Die Grundzüge für die Bemessung von Zuschüssen aus dem Ausgleichsstock bedürfen dringend der Ergänzung, die mit einer stärkeren Vertretung der ländlichen Gemeinden im Steuerverteilungsausschuß beantragt wird.

Inkrafttreten des württ. Polizeiverwaltungsgesetzes.

Einer Bekanntmachung der Staatsregierung zufolge tritt der Art. 19 Ziff. 7 des Polizeiverwaltungsgesetzes mit sofortiger Wirkung in Kraft. Dieser Artikel bestimmt in Ziff. 7: „Die Stellen von Beamten und Unterbeamten der Gemeinden, die mit der Handhabung der Polizei hauptsächlich befaßt sind, dürfen künftig nur mit solchen Personen besetzt werden, die entweder die höhere oder mittlere Dienstprüfung im Verwaltungs- oder Justizdienst abgelegt oder die württ. staatliche Polizeischule mit Erfolg besucht haben. Das Ministerium des Innern kann Befreiung von dieser Vorschrift gewähren.“

Wetterbericht für Sonntag und Montag.

Die Luftdruckverteilung über Süddeutschland ist im allgemeinen ausgeglichen, doch zeigen sich flache Einflutungen, die am Sonntag und Montag die Gewitterbildung begünstigen. Im übrigen ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Zur Frage der Privatschulen.

(EW) Stuttgart, 16. Juni. Die Abg. Schneid und Gen. (Komm.) haben im Landtag eine Kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, in der darauf hingewiesen wird, daß das Kultministerium in einigen Fällen in Stuttgart die Erlaub-

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“

als zur Er
möglich
wässerung
In der An
Privatschul
bestätigt u
feien, die
wird die
gung zur
und es be
gängig zu
Die Neb
(EW)
auch der
freundliche
knüpfen.
aufgelöst
worden.
Land mit
die gerechte
Hermuseum
Keinen Be
gab Bewe
sen und
Strauß, de
eung nahr
möge den
sein, sich
scharen zu
gehrndt.
Stamm
einweihun
verein Ho
stand des
einen Kra
berlegte.
(EW)
mitteilt, f
der Stadt
wirtschaft
aufnahme
kammer fi
— nach 9
im nächste
(EW)
setzte sich
ten 1. Ka
als Ruhep
willkomme
kostet heut
(EW)
Ententeüb
untergebr
such ab. J
Lederstraß
Nr. 161.
a) für
1 landw. A
3 junge Di
1 Flachme
1 Gärtner
2 junge Sch
3 Schreiner
2 Spilbur
2 junge Ha
Calw,
Auf
Nach
1874 sind
alle im
n
im Laufe
und hervo
lichem Ze
standen h
heit nicht
Es er
zur öffentl
bringen o
hiezg berec
lassen. In
auszufell
Wenn
Zurückstell
dem Urteil
von dem le
stellen und
des Gebur
bei der öff
Eltern,
und Pflög
trotz erfol
oder der ih
geblieben
Markt oder
Impf-Geseg
Das
Mädchenf
Calw,

II (Oberregierungs-
ausmeister) gestiegen,
chon vor dem Krieg
demgegenüber ver-
Bedarfsgegenstände
der Friedenspreise
t, daß die Beamten-
der Öffentlichkeit
die Höhe der Bes-
tag, daß jede Men-
ch werden auch die
itgeteilt, ohne daß
ingen nur zum ge-
jedoch den Staats-
ensionären zufallen.
die nominell hohen
Beamtenbesoldung
l der Beamten be-
der Denkschrift des
trug die Zahl der
den Gemeinden und
amt 1,3 Millionen.
aus der Zahl der
h die Bevölkerung
gen müsse und daß
Herzu muß fest-
Reichsbeamten An-
und Post sind, die
st beden. Wichtig
wohlfeil ein großer
Verwaltungen (z. B.
und durch Gebüh-
organe gedeckt wer-
tes, nunmehr nach
rdneten Zuständen
die unbedingt not-
und Staatsarbei-
s sind nicht mit
feststellen zu dür-
ens in Württem-
er zu viel beschäf-
Bürttemberg fest-
im Jahre 1921
dadurch bezüglich
ersten Stellen steht.

zur Errichtung von Privatschulen erteilt haben soll, wodurch
möglich würde, daß ein besonders vermöglicher Teil der Be-
völkerung seine Kinder von der Grundschule „loskaufen“ könne.
In der Anfrage wird zugegeben, daß es sich beim Besuch dieser
Privatschulen um Schüler handle, denen durch ärztliches Attest
bestätigt wurde, daß sie durch irgend ein Gebrechen behindert
seien, die Grundschule zu besuchen. An das Kultministerium
wird die Frage gerichtet, ob es noch weiterhin die Genehmi-
gung zur Errichtung solcher Privatschulen zu erteilen gedenke
und es bereit sei, die bereits erteilte Erlaubnis wieder rück-
gängig zu machen.

Die Ueberreichung der Straßburger Silcherfahne.

(S.C.B.) Schnait i. N., 16. Juni. Zu den Kriegsoffern zählt
auch der Silcherbund Straßburg, den schon seit langen Jahren
freundschaftliche Bande mit dem Silcherverein Schnait ver-
knüpfen. Nach der Besetzung Straßburgs mußte der Verein
aufgelöst werden, da die Mitglieder in alle Welt zerstreut
wurden. Einigen von ihnen gelang es, die Fahne nach Deutsch-
land mitzunehmen. Drei von diesen überreichten dieser Tage
die gerettete Fahne dem Silcherverein Schnait, der sie im Sil-
chermuseum in Obhut nimmt. Dies bildete den Anlaß einer
kleinen Feier, die Schultheiß Wendel leitete. H. Wagenbach
gab bewegten Herzens die farbenprächtige, von acht ersten Prei-
sen und zahlreichen Bändern gezierter Fahne an Oberlehrer
Strauß, der sie namens des Silchervereins in treueste Verwah-
rung nahm. In Wort und Lied klang der Wunsch durch, es
möge den zerstreuten Sangesbrüdern aus Straßburg vergönnt
sein, sich bald wieder in der alten Heimat um die Vereinsfahne
scharen zu können. Auch die Berliner Liedertafel hatte Grüße
geandt.

Stammheim, 16. Juni. Zu dem Bericht von der Denkmals-
einweihung ist noch ergänzend mitzuteilen, daß der Militär-
verein Holzbronn der Feier anwohnte, sowie daß der Vor-
stand des Militärvereins Stammheim, Herr Karl Mann,
einen Kranz im Auftrag des Militärvereins Stammheim nie-
derlegte.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Juni. Wie das Städt. Nachrichtenamt
mitteilt, haben über die Volksfestfrage Besprechungen zwischen
der Stadtverwaltung und den maßgebenden Kreisen der Land-
wirtschaft stattgefunden mit dem Ergebnis, daß die Wieder-
aufnahme des landw. Hauptfestes durch die Landwirtschafts-
kammer für das Jahr 1923 als gesichert gelten und somit auch
— nach 9jähriger Pause — mit der Abhaltung des Volksfestes
im nächsten Jahr gerechnet werden kann.

(S.C.B.) Stuttgart, 16. Juni. Am Fronleichnam-Nachmittag
setzte sich ein Bienenschwarm über dem Hauptportal der frühe-
ren 1. Kammer fest und benützte eine der beiden Schmuckwägen
als Ruheplatz. Ein Jmker sah den Ausreißer und brachte die
willkommene Beute in seinen Stand. Ein schöner Schwarm
kostet heutzutage 300 M.

(S.C.B.) Heilbronn, 16. Juni. Die Stuttgarter Abteilung der
Ententeüberwachungskommission stattete der in der Kaserne
untergebrachten staatlichen Ordnungspolizei einen Kontrollbesuch
ab. Zweck der Kontrolle war die Visitation und Prüfung

des Stärkenachweises bezw. Einsichtnahme in die Mannschafts-
listen. Von Heilbronn aus begab sich die Kommission nach
Mergentheim.

(S.C.B.) Tübingen, 16. Juni. Der Hauptetat für das Jahr
1922 stößt 13,9 Mill. Mark Ausgaben und 4,8 Mill. Mark Einnah-
men vor. Es ergibt sich ein Abmangel von 9 Mill. Mark (1921: 2,7
Millionen Mark). Ob man mit der bisherigen Umlage von 30 Proz.
ausreichen wird, läßt sich noch nicht bestimmt sagen.

(S.C.B.) Gmünd, 14. Juni. Der Lichtstrompreis wurde von 8 M.
auf 12 M. (das 2fache des Friedenspreises), der Kraftstrompreis
von 5 auf 7 M. (das 35fache) erhöht.

(S.C.B.) Heidenheim, 16. Juni. Zwischen den Verlagen der
Gesetzblätter Zeitung und des Grenzboten hier wurde
ein Abkommen getroffen, das die beiden Blätter vereinigt und
als großzügig angelegte Tageszeitung herausbringt.

(S.C.B.) Dethheim, 16. Juni. Der pensionierte
Straßenwärter Joh. Fröhlich hat in einer ihm früher zugehörigen
Scheune sein Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Die Moti-
ve zu diesem Schritte sind noch nicht geklärt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar steht heute auf 317,40 M., der Schweizer Franken
auf 60,43 M.

Verschärfung der Bankkreditbedingungen.

Der Berliner Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ schreibt: Die 44
Bankvereinigungen haben sich kürzlich, unter starkem Drängen, beson-
ders von Provinz und großen Börserorten (weniger von Berlin)
darauf geeinigt, daß sie ab 1. Juli im Debet-Zinsfuß, vor allem aber
in den Kredit-Provisionen, heraufgehen. Die Provision steigt dem
Vernehmen nach um ein volles Prozent auf 3 % p. a. Der Zinsfuß
bleibt formell auf 2 % über Bankfuß, doch wird das Minimum, das
im Vorjahre 6 % betrug und seit Dezember an mehreren Orten mit
7 % zu Grunde gelegt war, nunmehr auf 7 1/2 % erhöht. Der bil-
ligste Bankkredit wird demnach vom Juli ab 10 1/2 % p. a. betragen.

Bericht der Stuttgarter Börse.

(S.C.B.) Stuttgart, 15. Juni. Infolge schwächerer Haltung
der Devisen sowie des durch den Feiertag bedingten Geschäfts-
ausfalls verschiedener Börsenplätze bröckelten die Kurse heute
fast allgemein ab. Dabei waren die Umsätze etwas größer als
am Vortag, da die weichenden Kurse Kauflust verursachten.
Bankwerte teilweise schwächer: B. Bankanstalt 205, Vereins-
bank 230. Brauereiwerte uneinheitlich: Nettem.-Lio. 390,
Wulle 350, Textilwerte fest durchweg niedriger: Kammg. Ne-
tigh. 1250, Koll u. Schilke 2000, Köln-Rottw. 779, Kuchen
1300, dagegen Erlangen und Württ. Kattun höher (1310 und
2650). Maschinen- und Metallwerte durchweg niedriger, ins-
besondere Feinm. Tuttl. 1100, Eplingen 745, Redarfulm 610.
Von sonstigen Werten: Cement Heidelberg. 710, Deutsch. Bergl.
1149, Krumm 350, Lauph. Werke 870, Verein deutscher Delfabr.
830. Im freien Verkehr war das Geschäft schleppend. Die
Kurse waren meist etwas schwächer. Fichtelg. Bergbau blieben
bei 10 Prozent höherem Kurse zu 370 gesucht.

Handel und Industrie.

(S.C.B.) Heilbronn, 15. Juni. In der Generalversammlung
der C. H. Knorr-WG. wurde der vorgelegte Geschäftsbericht
einstimmig genehmigt und die Auszahlung von 20 Prozent
Dividende auf die alten Aktien (1—12000) und 10 Prozent für
ein halbes Jahr für die Aktien von 12001—30000 beschlossen.

Märkte.

(S.C.B.) Gaiddorf, 16. Juni. Schweinemarkt. Zufuhr
39 Stück, die zum Parzeis von 34000—3800 M. verkauft
wurden.

(S.C.B.) Ulm, 16. Juni. Auf dem Markt kostete je 1 Ztr. Be-
sendgewicht: Ochsen 1. Qual. 2800—3000 M., Bullen 2700—2800 M.,
Jungriinder 2800—3000 M., Rüh 2. Qual. 1500—1700 M., 3. Qual.
1000—1200 M., Kälber 1. Qual. 3100—3300 M., 2. Qual. 2800 bis
3000 M., Schweine 1. Qual. 4000—4150, 2. Qual. 3700—3900 M.
Marktverkauf lebhaft.

(S.C.B.) Blaubeuren, 16. Juni. Der Vieh- und
Schweinemarkt war gut besahren, der Handel aber we-
gen der hohen Preise flau. Verkauft wurden 42 Farren, 10
Rüh, 31 Jungriinder und 85 Milchschweine. Farren kosteten
6600—45000 M., Rüh 35—38000 M., Jungriinder 9200—32000
Mark, Läuferchweine 4000 M., Milchschweine 1550—1850 M.

Die besten Kleinfahnenpreise dürfen selbstverständlich nicht an den Besen- und
Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Verbesse-
rungen in Zuschlag kommen. D. Schriftl.

Für die Sachstellung verantwortlich: Otto Seitzmann, Calw.
Druck und Verlag der W. G. Schöcherl'schen Buchdruckerei, Calw.

Spar- und Vorschaubank Calw.

Anteilliche Börsenkurse vom 17. Juni 1922 (ohne Gewähr)

Staatsanleihen	Aktionen	%
5% Reichsanleihe	Deutsche Bank	555.00
4% do.	Disconto-Gesellschaft	421.00
4% Sparprämienanleihe	Dresdner Bank	315.25
4% Württ. Staats-Obl.	Württ. Vereinsbank	238.00
3 1/2% do.	Junghans Gebr.	429.00
4% Bad. Obl. v. 1901	Daimler	439.00
4% Bayer. Obl.	Esslinger Masch.	740.00
4% Oesterr. Goldrente	Bad. Anilin u. Soda-Fabr.	725.00
4% Ungar. do.	Hapag	400.00
	Nordd. Lloyd	308.00
4% Württ. Hyp.-Bank	Brauerei Wulle	360.00
3 1/2% do. unverl.	Cement Heidelb.	715.00
4% Cred.-Ver. unk. 20	Schleier	1205.00
4% Vereinsbank		
	Devisen	
4% Frankl. Hyp. Bank	Amerikan. Noten	316.50
4% do. Credit-Ver.	Schweiz.	60.20
4% Rhein. Hyp. kdb. 22	Holland.	123.30

Bankmäßige Geschäfte aller Art. — Sparkasse.

Reklameteil.

Die größte Auswahl in
Kinderrwagen, Klapp-Sportwagen
in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren
in gebiegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilhelm Groß, Pforzheim,
Ecke Ferrennerstraße und Baumstraße.



BRENNABOR

Lederstraße 161. **Bezirks-Arbeitsamt** Fernspr. Nr. 109
Offene Stellen

a) für männliche:	b) für weibliche:
1 landw. Arbeiter, Heuernte	2 Hilfsarbeiterinnen
3 junge Dienstknechte	14—16 Jahre
1 Flächner	1 Haushälterin
1 Gärtner	2 Küchenmädchen
2 junge Schneider	1 Wäschrin
3 Schreiner	1 Zimmermädchen
2 Spülburden	Wiederer Dienstmädchen
2 junge Hausburden	

Calw, den 16. Juni 1922. **Bewalter: Pr o f.**

Aufforderung zur Impfung.

Nach § 1 des Reichs-Impf-Gesetzes vom 8. April
1874 sind
**alle im Jahre 1921 oder früher geborenen
noch nicht geimpften Kinder**
im Laufe dieses Jahres der Impfung zu unterziehen
und hiervon nur dann befreit, wenn sie nach ärzt-
lichem Zeugnis die natürlichen Blattern über-
standen haben oder ohne Gefahr für ihre Gesund-
heit nicht geimpft werden können.
Es ergeht daher die Aufforderung, diese Kinder
am Dienstag, den 20. ds.
zur öffentlichen und unentgeltlichen Impfung zu
bringen oder die Impfung nichtamtlich durch einen
hiesig berechtigten Arzt oder Wundarzt vornehmen zu
lassen. Im letzteren Fall ist der vorschriftsmäßig
auszufüllende Impfschein vorzulegen, e. r.

Wenn die Gesundheits-Umstände eines Kindes die
Zurückstellung bis zur nächstjährigen Impfung nach
dem Urteil des Arztes rätlich erscheinen lassen, so ist
von dem letzteren ein Zurückstellungszeugnis auszu-
stellen und dieses Zeugnis, unter Angabe des Namens,
des Geburtstags und der Wohnung des Impflings
bei der öffentlichen Impfung zu übergeben.
Eltern, Pflegeeltern und Vormünder, deren Kinder
und Pflegebefohlene ohne gesetzlichen Grund und
trotz erfolgter amtlicher Aufforderung der Impfung
oder der ihr folgenden Bestimmung (Nachschau) entzogen
geblieben sind, werden mit Geldstrafe bis zu 500
Mark oder mit Haft bis zu 3 Tagen bestraft. (Reichs-
Impf-Gesetz § 14.)

Das Impfkloak befindet sich im Erdgeschoß des
Mädchenschulgebäudes in der Badstraße.
Calw, den 16. Juni 1922.
Stadtschultheißenamt: **S ö h n e r.**

Evang. Kirchengemeinde Calw

Die Einteilung in zwei Seelsorgebezirke
soll nunmehr strenger durchgeführt werden. Die süd-
lich von der Biergasse und dem Weinstieg dem Bahn-
hof zu wohnenden Gemeindeglieder sind dem I. Stadt-
pfarrer (Dekan) zugeteilt, die nördlich dieser Grenzlinie
Hirsau zu wohnenden dem II. Stadtpfarrer. Diejenigen
Gemeindeglieder, welche in einem anderen Seelsorge-
bezirk wohnen und ihren bisherigen Seelsorger beibe-
halten wollen, werden gebeten bis 1. Juli sich in eine
bei dem Mesner aufliegenden Liste einzutragen oder
dies schriftlich zu erklären.
Evang. Kirchengemeinderat.

Weilberstadt.

Am kommenden Montag, den 19. Juni, vormittags
11 Uhr kommt im Spitalhof hier

1 Schlachtfarren
und 2 ca. 14 Monate alte
zur Zucht geeignete
Farren
zum Verkauf, wozu Kaufliebhaber eingeladen sind.
Weilberstadt, den 17. Juni 1922.
Stadtschultheißenamt: **S c h ü ß.**

**Seze 4 Stück schöne
Zuchtfarren**
im Alter von 3/4 bis 5/4 Jahren,
sowie ein 14 Monate altes sehr schönes

Sohlen
dem Verkauf aus.

Adolf Eble,
zur „Linde“
Weilberstadt
Telefon 24.

**Schildpatt-
Steckhamm**

auf Waldweg nach Kollbach-
tal am Pfingstmontag
verloren.
Bitte gegen Mk. 100 Belohn.
Waldhaus Jakobli Lieben-
zell abzugeben.

Verloren

ging mir mein
**Kontrollbuch und
Notizbuch**
auf der Straße von Leinach
nach Nagold. Der Finder
wolle dieselben gegen Be-
lohnung abgeben bei
Ehr. Kientle, Nagold.

**Garben-
bänder**

empfiehlt
Fr. Volz,
Oberreichenbach.

**Kammerjäger u. Ratten-
fänger Viehhüter**
alter erfahrener Fachmann
ist wieder in Calw u. Umg.
und vertilgt radikal unter
schriftl. Garantie Ratten,
Mäuse und sämtliches Un-
geziefer. Bestellungen erbittet
man in der Gesch. St. ds. Bl.

2 Schränke
mit Aufsatz (Glast.) ebenso
gute Karroffeln
hat preiswert abzugeben.
Eugen Dipp,
Obere Markstraße 23 I.

Minorkaglutke
mit 7 Minorkahäutchen
hat zu verkaufen
Stör, Inselfstr.

Weilberstadt.

Am Montag, den 19. Juni ds. Jrs.
**Krämer-, Pferde-, Vieh-
und Schweinemarkt.**
Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse sind mitzubringen.
Stadtschultheißenamt.

Für kleine, ruhige und anständige Familie (Chepaar
mit 2 Kindern 2—4 Jahre alt) wird für sofort oder bis
frühestens 1. August eine

2—4-Zimmerwohnung gesucht.
Auf guten Ruf wird gesehen, Gegend gleichgültig;
womöglich aber mit Gas und Elektrizität.
Angebote unter S. 138 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Geschäftsräume mit Wohnung

für feineres Fabrikat sofort oder später
zu mieten, evtl. zu kaufen gesucht.
Gest. Angebote an „Omega“-Werkstätten für Präz.-
Brillen- u. Schiller, Stuttgart, Bismarck-
Optik A. Schiller, Stuttgart, platz 2.

Färberei Strubberg
Chem. Waschanstalt.
Annahmestelle: Nane Schaible, Badstr.

Junge Enten
verkauft Bülcher, Hirsau,
Bahnhof.

2 Gluckhennen
mit je 10 Jungen
verkauft
Johannes Kentschler,
Spinlershof.

Einige ältere, kräftige
Arbeiter
bei gutem Lohn g e s u c h t.
Liebenzeller Filzfabrik.
Guterhaltenes
Schlafzimmer
zu kaufen gesucht mit einem
oder zwei Betten.
Angebote mit Preisangabe
befördert die Geschäftsstelle
ds. Bl.

Mitbürger!

Der geschätzte Leserkreis des Calwer Tagblattes hat in den letzten Monaten viele herausfordernde Ergüsse des Haus- und Grundbesitzervereins zu Gesicht bekommen, auf die zu erwidern wir uns zu schade waren, da sie einerseits zu sehr nichtsagende Neuformulierungen, andererseits zu bodenlose Entstellungen bargen. Da nun in dem Artikel des Calwer Tagblattes Nr. 135 wieder eine bewußte Verfälschung des Publikums vorliegt, sei hiemit nun der Behauptung des Schreibers des H. u. G.-Ver., unsere Vertreter seien „weggelassen“ der der Wahrheit entsprechende Sachverhalt mitgeteilt:

In der letzten Zeit wurden von Seiten des Herrn Stadtschultheiß und des Herrn Gemeinderats Störz erfreulicherweise Schritte unternommen, die zu Verhandlungen der beiden Vereine und zur Einigung bezüglich der Mietpreise in Calw führen sollten. Trotzdem nun die Vertreter der H. u. G.-Vereinigung durch den Herrn Stadtdorstand uns ein Diktat überreichen ließen, das wir ja von vornherein hätten zurückweisen können, sagten wir unsere Bereitwilligkeit zu Verhandlungen der Gesamtschüsse zu. Nachdem das geschehen, wurde von den Vertretern des H. u. G.-V. gewünscht, daß ein Herr unseres Ausschusses nicht an den Verhandlungen teilnehme. Auch darin gaben wir nach.

Seht hätte die Zusammenkunft nach dem Vorschlag des Herrn Stadtdorstands am Dienstag, den 30. Mai stattfinden sollen. Der H. u. G.-Vertreter sagte dieser Tag nicht, deswegen wurde der darauffolgende Freitag bestimmt und gleichzeitig von jener Seite gefordert, daß von jeder Partei nur 3 Mitglieder erscheinen sollten und nicht die Gesamtschüsse, wie wir es der Verantwortlichkeit wegen, für gut gehalten hatten. Ein Vermittlungsvorschlag des Herrn Einberufers der auf je 6 Vertreter von hiesigen und drüben lautete, fand endlich die Genehmigung des H. u. G.-Vereins.

Mitbürger! Wer hat also seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen und Einigungen gezeigt? Der Mieterverein!

Wer hat einen Einwand an den andern gereicht, um solche Bestrebungen zu verschleppen oder gar zu vereiteln? Die Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins, das sei hiemit festgestellt.

Man kam nun am Freitag, den 2. ds. Mts. im Rathaus zusammen. Herr Rechtsanwalt Rheinwald begrüßte die erschienenen zwölf Herren und wünschte, daß etwas Erhebliches aus der Zusammenkunft hervorzugehen möge. Raum hatte der Vorsitzende ausgesprochen, als der Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins, Herr Reichert, erklärte, daß er nicht mit Herrn Störz verhandeln könne, da dieser ihn persönlich in der Presse angegriffen habe. Dieser Zusage wurde selbstverständlich nicht entsprochen. Herr Reichert wurde in seinem Verlangen auf Ausschluß des Herrn Störz von Herrn Zügel lebhaft unterstützt. Darauf konnte Herr Rechtsanwalt Rheinwald nicht umhin, die Herren des Haus- und Grundbesitzervereins zu ermahnen: „Ja, meine Herren, wenn Sie gleich so anfangen, dann sind die Verhandlungen bald erledigt“, worauf unser Mitglied, Herr Pflanzmaier, in dem lobenswerten Bestreben, die beiden Ausschüsse beieinander zu halten, um eine Einigung zu erzielen, die genannten Herrn bat, man möchte doch unter die Vergangenheit einen dicken Strich setzen.

Darauf erhob sich ein schroffes „Nein, ich unterhandle auf keinen Fall mit Herrn Störz“ des Herrn Zügel, der sich sofort erhob und auf die Türe zuging, um den Saal zu verlassen und das war für jeden denkenden Menschen das Zeichen des Nichtverhandelnswillens und somit des Abbruchs der kaum gepflog. Erörterungen. Erst dann, nachdem also Herr Zügel, der Vertreter des Haus- und Grundbesitzervereins, als erster der Türe zustrebte, in der Absicht, den Saal zu verlassen, — das sei hiemit ausdrücklich festgelegt — erhoben sich unsere Mitglieder von ihren Sitzen und entfernten sich.

Mitbürger! Wer angesichts dieser Tatsachen den Mut hat, zu behaupten, die Vertreter des Mietervereins seien sich ihrer Verantwortung nicht bewußt und hätten ihrerseits die Verhandlung auf dem Rathaus vereitelt, begeht eine grobe Entstellung der Wahrheit, die man gemeinhin als Lüge zu bezeichnen pflegt.

Mieterverein Calw e. V.

REINES

BENZIN

Marke Dapolin

in wesentlich verbesserter Qualität
zu Originalpreisen

Höchste Nutzleistung!
Kein Ersatzgemisch, daher größte
Haltbarkeit der teuren Motoren!

Chr. Schlatterer, Calw,
Fernsprecher Nr. 42.

Benzin-Depot
der
Deutsch-Amerikanischen
Petroleum-Gesellschaft.

An unsere Leser in Simmozheim!

Durch Ausfall des zweiten Botenganges nach Weilderstadt erhalten unsere Leser am dortigen Plage die Zeitung immer einen Tag später als die anderen Bezahler und sind dadurch häufig wirtschaftlichen Schädigungen ausgesetzt.

Diesem Mißstand wäre abzuwehren, wenn der eine Botengang statt vormittags 9 Uhr erst um 1 Uhr in Weilderstadt abginge.

Wir bitten diejenigen unserer Leser, die für eine Späterlegung dieses Botenganges sind, uns dies schriftlich oder mündlich mitzuteilen, damit wir ihre Interessen in Form einer Eingabe bei der zuständigen Behörde wahren können.

Verlag des „Calwer Tagblatt“.

Ullrein-Schnittmuster

Zu beziehen durch
Friedrich Häussler
Buchhandlung
Fernsprecher 61 an der Brücke

E. Wackenhuth, Calw.

Fernspr. 142 **Kupfer-Schmiede** Fernspr. 142
u. Apparatebau

Kupfer-Geschirre aller Art

für Hotels, Sanatorien und Privathaushaltungen. Apparate für die chemische und technische Industrie. Waschkessel, Brenneranlagen, Wasserschiffe, Aufzug, Lohschweißerei.



Gabel-Heuwender, Rechen

sowie Dreschmaschinen

mit und ohne Puherei
liefert sofort billigt solange Vorrat reicht

Maschinenfabrik Karl Krauz
Pforzheim-Dillweihenstein.

Erstklassige neue u. gebrauchte Schreibmaschinen

der Systeme: **Adler, Siewer, Mercedes, Torpedo, Kappel, Regina, Senta und Erika**
sowie ab Lager preiswert lieferbar.

Louis Schleh, Freudenstadt

Bürobedarf. Fernspr. 27.

Gebrauchte Maschinen werden in Zahlung genommen

Sauber gewaschen
wie neu gebügelt
pünktlich geliefert
erhalten Sie von der

Neuwäscherei Phönix Ihre Kragen

Manschetten, Vorhemden, Oberhemden
Annahmestelle:

Geschw. Stanger,
Obere Marktstrasse 23.



Alle Musikinstrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schülern bis zu den feinsten Künstlerinstrumenten, aller Gattung, Saiten u. f. w. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Eurtz,
Pforzheim, Leopoldstr. 17
Arkadenriedel-Rohrbücke
Großhandlung Einzelverkauf
Ausführung all. Reparaturen
und Stimmen.

Für Ingn.-Waife
20 J., ev. sehr anmutig. 15.
Erdung, süddtsch., 200 Mill.
und Anteil am Hausbesitz,
wünscht Mutter geeig. Verbindung, m. Herrn eiden grundgüt. Charakter. Geil. Zuschrift an Münzel, Berlin
Pastorstr. 15.

Obacht Hausfrauen!
Alte Möbel werden wie neu durch Möbelputz
„Wunderschön“
Fr. Lamparter, Calw,
Gg. Pfeiffer, Calw,
Otto Vinçon, Calw.

Kaffee

in bekannt guter Mischung.

roh und jede Woche frisch gebrannt
empfiehlt

C. Serva
Fernspr. Nr. 120.

Einen neuen Leiterwagen

verkauft
Chr. Stürmer.

Kirchengesangverein Calw.

Kirchen-Konzert

am Sonntag, 25. Juni 1922 nachm. 5 Uhr
in der hiesigen Stadtkirche

unter Mitwirkung von
Frau Fanny Schiler-Gunderl (Violine) Herrn
Oberlehrer R. Frommer (Orgel) hier und des
durch Pforzheimer u. Stuttgarter Musikfreunde verstärkten Vereinsorchesters (Streichorchester, je 2 Flöten, Oboen, Klarinetten, Fagotte, Hornen, Trompeten, Pauken.

Leitung: Hauptlehrer Fr. Nichte.

Werke von L. van Beethoven:

Die 2. Symphonie, Coriolanouvertüre,
F dur Romanze, Die Himmel rühmen u. a.
Karten im Vorverkauf in der Buchhandlung
Kirchherr zu 7, 9 und 12 Mark einschl. Steuer.
Mitglieder erhalten auf 1. und 2. Platz 1 Mk. Preisermäßigung. Eintritt durch die Orgeltüren nur für Mitwirkende.

Lichtspieltheater Badisch. Hof

Morgen Sonntag abends 8 Uhr
Das große Filmwerk

Das Mädchen das wartete

in 5 Akten
Nach der gleichn. Novelle von J. Barr
mit Beiprogramm

Auf dem Brühl eingetroffen
die weltberühmte

Turnseil-Künstler- Truppe Antony Sten

Sarafany beste Zugkraft
und gibt einen Zyklus von mehreren Vorstellungen.

Stannenerregende Leistungen, wie sie das Auge noch nie gesehen hat!
Bei jeder Vorstellung Besteigung des hohen Seils mit doppeltem Kunststrabfahren.

Sonntag nachmittags 4 Uhr
Eröffnungs-Vorstellung.

Abends 8 Uhr
Haupt-Vorstellung.
Zu zahlreichem Besuch ladet höflich ein
die Direktion.

Turn-Verein Unterhangstett.

Der Verein hält morgen
Samstag im Gasthaus zum
„Hirsch“ ein
Tanzkränzchen
ab, wozu Freunde und Gönner herzlich eingeladen sind.
Der Ausschuß.

Schömburg (Sängerfest).

Um Irrtümern vorzubeugen geben wir hiemit bekannt, daß bei der Sonderklasse, die wir eingeführt haben, in mehreren Abteilungen gefungen wird. Letzter Anmelde-termin sowie der Delegiertentag findet am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthof zum „Ochsen“ hier statt.

Arbeiter und Arbeiterinnen gesucht.

Teinacher Mineralquellen, Bad Teinach.